

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.50 M. (einschl. Postgebühren). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Öivokonto Bad Schandau 36.



Stadttrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohlfeld

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Mehrschriftzelle 75 Pf., für auswärtige Antragsgeber 90 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingelant die Seite 2 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlaber, Bad Schandau.

Postfachkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 9

Bad Schandau, Mittwoch, den 12. Januar 1921

65. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichskabinett wurde die Notwendigkeit festgestellt, zur Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Deckung des Fehlbetrages die gesetzgebende Körperschaft Stellung nehmen zu lassen.

* Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts begann mit den Verhandlungen gegen die des Verbrechens im Kriege Beschuldigten.

* Der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten ist in Berlin zusammengetreten.

* In Berlin verläutet, daß Fürst Bülow sich bereit erklärt habe, eine Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten anzunehmen.

* Troch unserer Mitsnot verlangt Frankreich die Milchlieferung der französischen Zivilbevölkerung im Rheinland.

* Der portugiesische Gesandte Lambertino Pinto in Berlin ist nach kurzer Krankheit gestorben.

* Aus Sofia wird gemeldet, die Verlobung des Königs Boris von Bulgarien mit der zweiten Tochter des rumänischen Königs sei geplant.

* Die amerikanische Regierung hat ihren Austritt aus dem Pariser Obersten Rat erklärt.

Neue Aufgaben des Reichstages.

Reichsschulgesetz — Kampf gegen die Schundliteratur — Die Fortbildungsschule — Minister Koch und der Konflikt in Bremen.

Bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern im Hauptausschuß des Reichstages gab Reichsminister Koch Auskunft über eine Anzahl bevorstehender neuer Gesetze. Danach ist das Reichsschulgesetz fertiggestellt. Dasselbe trifft bei dem Jugendwohlfahrtsgesetz zu. Ein Gesetz gegen die Schund- und Schundliteratur ist in Vorbereitung. Die Verhandlungen mit den Ländern schweben. Der Minister betont im übrigen, daß in seinem Ministerium, was den Veranlassungen betreffe, die Sparmaßnahme durchaus beibehalten sei. Auf die Kritik des Abg. Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.), der die Äußerungen des Ministers gegen den preussischen Ministerpräsidenten rügt, stellt Minister Koch fest, daß er in der Siedlungsfrage nichts anderes getan habe, als zu bedauern, daß Minister Braun das Siedlungsweesen nicht schärfer gefördert habe. Er sei persönlich der Meinung, daß das Siedlungsweesen die wichtigste Aufgabe sei, und es sei kein gutes Recht, dieser Überzeugung als Abgeordneter Ausdruck zu geben. In der Bremischen Frage sei es ein fundamentaler staatsrechtlicher Irrtum Dr. Rosenfelds, wenn er annehme, daß der Minister seine Befugnisse überschritten hätte. Auch für die Handhabung des Artikels 48 sei der Minister parlamentarisch verantwortlich. Im übrigen sei mit der Anwendung des Artikels 48 überhaupt nicht gedroht worden. Auch enthalte die ministerielle Verfügung die ausdrückliche Feststellung, daß die Stadtwehr der Forderung des Entwaffnungskommissars der Waffenablieferungspflicht zu genügen habe. Das Reich habe an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Bremen das größte Interesse. Es habe anläßlich der tumultuarien Vorgänge viele Millionen zahlen müssen. Das Reich unterstütze die Sipo in Bremen mit neun Zehnteln der Kosten und habe sich eine weitgehende Mitwirkung bei der Verwendung vorbehalten. Der Senat in Bremen habe sich an das Reichsministerium des Innern gewandt, weil die Beschlüsse der Bürgererschaft dahin gingen, die öffentliche Ordnung empfindlich zu stören und Bremen in die Lage zu setzen, daß eine gewalttätige Minderheit die Mehrheit vergewaltige. Der Senat habe mitgeteilt, die Bürgererschaft habe von den 96 Führern der Ortsgruppe 60 gestrichen. Die Ordnung sei bei dieser Einschränkung nicht aufrechtzuerhalten. Die Stadtwehr sei ein Ortschutz, der durch aus erträglich sei.

Amerika verläßt den Obersten Rat.

Ein Dämpfer auf Frankreichs Übermut. Der amerikanische Botschafter in Paris wurde von seiner Regierung beauftragt, dem französischen Ministerpräsidenten Lehgues als Vorsitzenden der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung aus dem Obersten Rat ausscheide und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde.

Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß sie nach den Wahlen, die gegen sie ausgefallen sind, nicht mehr die Verantwortung für dauernde politische Entschlüsse im Zusammenhang mit den europäischen und Friedensfragen übernehmen könne. Dagegen werde Amerika seinen Platz im Wiedergutmachungsausschuß und in der Rheinlandkommission nach wie vor beibehalten, so daß es bei den Entscheidungen über Durchführung des Abkommens von Spa (Entwaffnungsfrage usw.) mitsprechen könne.

Ferner wird aus Washington gemeldet, die amerikanische Regierung habe die französische Behauptung, Deutschland verlege den Vertrag von Versailles böswillig und komme den einzelnen Verpflichtungen nicht nach, aufmerksam geprüft und habe Grund zu der Annahme, eine derartige Behauptung verberge nur den schlecht verhehlten französischen Wunsch nach Besetzung der Rheinprovinz. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes voller Unruhe verfolgen und nicht verfehlen, einzugreifen, falls Frankreich ohne Grund gegen

Deutschland vorgehen sollte. Die amerikanische Regierung widerspreche der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das linke Rheinufer zu besetzen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge daher auch England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.

Lehgues' Klagesied.

Das arme Frankreich.

Der französische Ministerpräsident Lehgues hatte eine Unterredung mit einem französischen Pressevertreter, in der er erklärte, bevor Deutschland zum Wölferbund zugelassen werde, müsse es beweisen, daß es den guten Willen habe, loyal die Verpflichtungen zu erfüllen, die es gegen Frankreich übernommen habe. Zur Stunde könne das französische Budget nicht balanciert werden, weil Frankreich Deutschland 16 Milliarden vorgeschossen habe. Das französische Volk werde nicht lange eine derartige Last ertragen. Sei es zulässig, daß Deutschland sich beklage, und daß es von Frankreichs Freunden beklagt werde, in deren Ländern nichts zerstört, an deren Zukunft nichts mit einer starken Hypothek belastet sei? Er sei kein Mann des Hasses und gelte auch, daß Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten müßten. Europa würde 40 Grad Fieber haben, wenn Frankreich und Deutschland nicht zu normalen Beziehungen zurückkehrten, aber damit dieses Zusammenarbeiten möglich werde, müsse Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen.

Alles nur für Frankreich!

Der Raub unserer Rheinstotte.

Aber den Schiedsrichter des amerikanischen Schiedsrichters in der Frage der Rhein-Tonnage, der am 8. Januar ergangen ist, werden von zuständigen Stellen folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Schiedsrichter hat entschieden, daß an Frankreich abzutreten sind:

1. Kahnraum in Höhe von 250 150 Tonnen, Schleppkraft in Höhe von 23 761 Pferdestärken,
2. die Einrichtungen der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, die sie im Hafen von Rotterdam am 1. August 1914 besaß,
3. 76 Prozent der Aktien der Rheinschiffahrts-Gesellschaft vormals Fendel-Mannheim,
4. Schiffsraum und Schleppkraft von Fendel wird auf Tonnage und Schleppkraft zu (1.) voll in Anrechnung gebracht.

Der Schiedsrichter ist davon ausgegangen, daß für Wiedergutmachungszwecke höchstens 14,34 Prozent Kahnraum und 2,2 Prozent Pferdestärken Schleppkraft von der Rheinflotte abzugeben sein werden. Er hat daher für die Berechnung der Abtretungen gemäß Artikel 357 des Friedensvertrages nur 85,66 Prozent des Kahnraumes und 97,8 Prozent Pferdestärken Schleppkraft der deutschen Rheinflotte zugrunde gelegt. Das sind 1 888 651 Tonnen Kahnraum und 170 264 Pferdestärken Schleppkraft. Sollte wesentlich weniger zu Reparationszwecken abgegeben werden, so wird ein Anspruch Frankreichs auf eine entsprechende Erhöhung der bewilligten Tonnage anerkannt. Andererseits kann die deutsche Regierung eine Herabsetzung der 76 Prozent Fendel-Aktien beantragen, wenn sie nachweist, daß ein geringerer Prozentsatz der Aktien zur Kontrolle der Gesellschaft durch Frankreich genügen würde.

Lloyd Georges „Enthüllungen“.

Deutsch-irische Verschwörung.

Vor einiger Zeit kündigte Lloyd George im englischen Unterhause in einer Kampfspreche gegen die Sinnfeiner Enthüllungen über deutsch-irische Verschwörungen während des Weltkrieges an. Da das Parlament ihn sofort auf die Veröffentlichung des einschlägigen Aktenmaterials festlegte, hat sich Lloyd George jetzt gezwungen gesehen, in einem Weisbuch von 61 Seiten Umfang sein „Verlastungsmaterial“ gegen Deutschland und Irland der Öffentlichkeit zu übergeben. Was er „enthüllt“ hat, rechtfertigt diesen vielversprechenden Ausdruck nicht. Ein deutsches Schiff, das auf hoher See von einem englischen Kriegsschiff versenkt wird und das angeblich Munition für Irland an Bord gehabt haben soll, deutsche Propagandaschriften, die von U-Booten an der irischen Westküste an Land geschafft sein sollen und ein Brief der Zentralführer in Amerika an den Botschafter Bernstorff, in dem sie um Deutschlands Intervention zugunsten Irlands bitten, sind die Beweisstücke. Das Weisbuch fügt ferner auf eine Wiederholung jener von Bernstorff in seinen „Erinnerungen“ zur Genüge widerlegten Legende, er und die deutsche Botschaft in Washington seien das Zentrum einer anti-englischen, irenfreundlichen Politik gewesen. Wohlwollende Antworten von Eingaben der deutsch-irischen Gesellschaft durch den Kaiser und Hindenburg sollen die Kette der „Beweise“ schließen.

40 Fragen an Deutschland.

Was die Entente alles wissen will.

Nach einer Meldung aus englischer Quelle sind 40 Fragen der deutschen Delegation in Brüssel bis jetzt über 40 Fragen vorgelegt worden, davon die meisten von der englischen Delegation. Die Hauptfrage der Franzosen bezieht sich auf die Höhe der Steuern, die auf den Kopf der deutschen Einwohner fallen. Einige englische Fragen sind: Welches ist der Gesamtsteuerertrag des Reiches, der Staaten und der deutschen Gemeinden während des Jahres 1920? Wie sind die Vorschüsse auf die Zahlungen verwendet worden, die Deutschland gemäß dem Abkommen von Spa erhielt und unter welchen Bedingungen sind die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter und der Arbeiter überhaupt verbessert worden? Wie hoch bezieht sich Deutschlands jährlicher Verbrauch an Zucker, Tee, Kaffee, Tabak, Likören, Weinen? Wieviel Beamte beschäftigt Deutschland gegenwärtig, und wieviel beschäftigte es 1913? Welche Ausgaben mußte Deutschland seit dem Waffenstillstand für die Besatzungsarmee leisten? Welche Beträge für die Militär- und Zivilkommissionen der Verbündeten? Welches ist die wichtigste Ursache der deutschen Arbeitslosigkeit in Deutschland im Vergleich mit den Ursachen dieser Erscheinung in andern Ländern?

Das Ergebnis der Entwaffnung.

962 Geschütze, 2 1/2 Millionen Gewehre.

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis der freiwillig abgelieferten, angekauften, beschlagnahmten und angemeldeten Waffen nach dem Stande vom 10. Januar: 962 Geschütze, Minenwerfer, Flammenwerfer, 18 067 Maschinengewehre, 1680 Minenpistolen, 2 201 584 Gewehre und Karabiner, 78 325 Revolver und Pistolen, 85 616 Handgranaten, 3553 Geschützteile, 245 357 Maschinengewehrteile, 312 905 Gewehrteile, 46 241 899 Stiel Handfeuerwaffenmunition. — Im Monat Dezember beträgt der Zugang an Maschinengewehren 30, an Gewehren 98 143 Stück. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind 215 559 Gewehre bereits eingezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1086 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einziehen der Organisationswaffen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

Neue polnische Putschpläne.

Aus Kreisen der oberschlesischen Industrie wird mitgeteilt, daß die in der letzten Zeit wiederholt aufgetauchten Gerüchte über polnische Putschpläne ernsthaften Charakter tragen. Diese Pläne sehen auch den Einmarsch von polnischen Truppenteilen vor, die seit Einstellung der russisch-polnischen Feindseligkeiten in zunehmender Stärke an der oberschlesischen Grenze untergebracht sind. Der Präsident der internationalen Kommission ist von diesen neuen Absichten der Polen in Kenntnis gesetzt worden. Man darf, so wird erklärt, die berechtigte Hoffnung hegen, daß General Le Rond solchen polnischen Bestrebungen nunmehr mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten wird.

Ablehnung der Zugeständnisse durch den Eisenbahnerverband.

Berlin, 12. Januar. (Telefon.) Die seit Sonntag vormittag tagende Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm eine Entschloßung an, angesichts der anhaltenden Geldwertverfallung die unzureichenden Erhöhungen der Tonerzeugungsbeiträge und deren unsoziale Abmilderung abzulehnen, sowie die Einheitsfront aufrechtzuerhalten, um durch geschlossenes Vorgehen die Bewegung einem befriedigenden Ergebnis zuzuführen.

Neue Zustände in Berlin.

Der allmächtige Herr Sht.

Im Berliner Rathaus begannen am Dienstag die Beratungen über einen neuen Lohnarif für die städtischen Arbeiter. Blösig stellte sich heraus, daß im Saal auch der bekannte Streikheer, der Elektrizitätsarbeiter Sht., anwesend war, ohne ein Mandat zu haben. Als der Vorsitzende den Sht aufforderte, den Saal zu verlassen, erschien eine Deputation der Heizer der städtischen Elektrizitätswerke und erklärte, wenn Sht nicht zugelassen werde, würden sie sofort ihre Arbeitsstätten verlassen. Daraufhin legte der Vorsitzende sein Amt nieder, das kurz entschlossen Sht übernahm. Nun entspann sich eine erregte Debatte, in der der Vorsitzende des Verbandes der Heizer und Maschinisten ausdrücklich feststellte, daß Sht aus dem Verbands ausgeschlossen worden sei und gar kein Recht habe, den Verband in irgend einer Weise zu vertreten. Schließlich wurde die ganze Verhandlung vertagt.

Aus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Meldung aus Rom wird Giolitti der Tagung des Obersten Rates nicht beiwohnen.

Rom. Laut Blättermeldungen wird der König von Spanien demnächst nach Rom kommen.